

<b>TOP8</b>	<b>Haushaltssatzung 2012/2013 mit allen Anlagen</b>	<b>023/2012-2</b>
-------------	---	-------------------

## Anlage 9

Die Ergebnisse der Haushaltsplanberatung aus der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 14.03.2012 sind wie folgt dargestellt:

1. Zur Ratssitzung zurückgestellte Anträge
2. Beschlüsse zum Haushalt
3. Allgemeine Beschlüsse  
(1.– 3. bedürfen der Beratung und ggf. der Beschlussfass. durch den Rat)
4. Abgelehnte und zurückgestellte Anträge
5. Erledigte und zurückgezogene Anträge/Anfragen

### 1. Bis zur Ratssitzung zurückgestellte Anträge

<b>PG</b>	<b>Liste FDP</b>	<b>Nr. 12</b>
	<u>Antrag/Anfrage</u> Haushaltssicherungskonzept neu berechnen  <u>Beschreibung</u> Der HFWA beauftragt den Bürgermeister, ein neues Haushaltssicherungskonzept vorzulegen. Das neue HSK soll sich ausschließlich nach den Orientierungsdaten des Landes richten und keine Hebesatzerhöhungen im Planungszeitraum vorsehen.	

<b>PG</b>	<b>Liste CDU/B90/GRÜNE</b>	<b>Nr. 23</b>
	<u>Antrag/Anfrage</u> Haushaltssicherungskonzept  <u>Beschreibung</u> Der Bürgermeister wird beauftragt, das vorgelegte Haushaltssicherungskonzept unter Berücksichtigung der Vorgaben des Landes so zu überarbeiten, dass die Bürgerinnen und Bürger nur im zumutbaren und absolut notwendigen Rahmen belastet werden. Eine vorgeschlagene drastische Steuererhöhung in 2017 kann so nicht hingenommen werden. Die Ansätze sind auf der Grundlage der Ist-Ergebnisse aus 2010 fortzuschreiben. Weiterhin wird der Bürgermeister beauftragt, die Auswirkungen von Steuermehreinnahmen mit und ohne Steuererhöhung, Entwicklung der Schlüsselzuweisungen und Transferzuwendungen sowie Transferaufwendungen nach den heutigen Gesichtspunkten darzustellen.	

PG 1.16.01	Liste SPD	Nr. -
<p><u>Antrag/Anfrage</u> Haushaltssicherungskonzept</p> <p><u>Beschreibung</u> Erhöhung Grundsteuer B und Gewerbesteuer in 5 Schritten (2012-2020), Höhe richtet sich nach benötigtem Hebesatz um ein ausgeglichenes HSK zu erreichen; keine Erhöhungen mehr, wenn Ausgleich früher erreicht wird.</p>		

Die Anträge zum Haushaltssicherungskonzept werden ohne Votum an den Rat verwiesen.  
Stimmenverhältnis:  
-Einstimmig-

**Stellungnahme des Bürgermeisters:**

**Ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept setzt die Erreichung des Haushaltsausgleichs bis spätestens im Jahre 2022 voraus. Ein solcher Haushaltsausgleich gelingt nur durch eine Anhebung der Hebesätze für die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer.**

**In der Anlage 10a bis 10c sind unter Berücksichtigung aller beschlossenen Veränderungen zum Haushaltsentwurf 2012/2013 verschiedene Szenarien dargestellt, die einen Haushaltsausgleich im letzten Jahr des Haushaltssicherungskonzeptzeitraums ermöglichen.  
Die Auswirkungen der in den Szenarien berücksichtigten Hebesatzveränderungen sind in Bezug auf die Eigenkapitalinanspruchnahme sowie die Liquiditätskreditentwicklung ebenfalls dargestellt.  
Darüber hinaus werden exemplarisch für die Grundsteuer B die Auswirkungen auf den Steuerzahler aufgezeigt.**

**Der Bürgermeister empfiehlt die Beschlussfassung zu einem der zu einem Haushaltsausgleich spätestens im Jahre 2022 führenden Szenarien.**

PG 1.16.01	Liste CDU/B90/GRÜNE	Nr. 31
<p><u>Antrag/Anfrage</u> Zweitwohnsitzsteuer</p> <p><u>Beschreibung</u> Der Bürgermeister wird beauftragt, die Berechnung aus der Vorlage 503/2011-2 wie folgt zu ergänzen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Anteil verbleibender Zweitwohnsitzsteuerpflichtige bei 10 %</li> <li>2. Jahresnettokaltmiete 3.600 €/a</li> <li>3. Steuersatz 11 %</li> <li>4. Anteil Umwandlung von Zweit- in Erstwohnsitze 25 %</li> </ol> <p>Auswirkungen auf Schlüsselzuweisungen und ähnlichen pro zusätzlichem Einwohner mit Erstwohnsitz.</p>		

Der Antrag wird bis zur Ratssitzung zurückgestellt.

### Stellungnahme des Bürgermeisters:

Die Auswirkungen eines Einwohnerzuwachses mit Erstwohnsitz auf Schlüsselzuweisungen, Kreis- und ÖPNV-Umlage sowie Investitionspauschale, Sportpauschale und gemeindlicher Einkommenssteueranteil sind in der Anlage 11 dargestellt.

Hinsichtlich der Systematik der Berechnung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer ist folgendes zu berücksichtigen:

Das Aufkommen der Einkommensteuer wird auf Bund (42,5 %), Länder (42,5 %) und Gemeinden (15,0 %) aufgeteilt.

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wird nach Schlüsselzahlen verteilt, die auf der Grundlage der Einkommensteuerleistungen der Einwohner einer Kommune ermittelt werden. Hierbei wird jedoch nicht das gesamte zu versteuernde Einkommen der Steuerpflichtigen herangezogen, sondern nur das Einkommen bis zu einer bestimmten Obergrenze (Sockelbetrag).

Dieser Sockelbetrag soll in 2012 neu festgesetzt werden; die dann für Bornheim ermittelte Schlüsselzahl wird auf der Einkommensteuerstatistik 2009 basieren.

Aufgrund dieser Systematik ist nicht davon auszugehen, dass jeder Einwohnerzuwachs unmittelbar zu einer Steigerung des Einkommensteueranteils führt.

## 2. Beschlüsse zum Haushalt

<b>PG</b> 1.01.11	<b>Liste CDU/B90/GRÜNE</b>	<b>Nr. 28</b>
<u>Antrag/Anfrage</u> Externe Organisationsberatung		
<u>Beschreibung</u> Der Bürgermeister wird beauftragt, die Aufwendungen für externe Organisationsberatung mit einem Sperrvermerk zu versehen und den Rat über den Umfang des Beratungsvertrags sowie die Ergebnisse der Beratung zu informieren.		

Der o.g. Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird einstimmig bei 1 Stimmenthaltung (BM) angenommen.

<b>PG</b> 1.01.15	<b>Liste FDP</b>	<b>Nr. 20</b>
<u>Antrag/Anfrage</u> Sanierung Flachdach FGH Bornheim		
<u>Beschreibung</u> Der VPLA stellt die Sanierung des Flachdachs des FGH Bornheim zurück bis über den Bau eines Rettungszentrums am Hellenkreuz entschieden ist.		

<b>PG 1.01.15</b>	<b>Liste UWG/FORUM</b>	<b>Nr. 11</b>
	<u>Antrag/Anfrage</u> Sanierung Flachdach FGH Bornheim  <u>Beschreibung</u> Die Sanierung des Flachdachs soll bis zur Entscheidung über ein Rettungszentrum am Hellenkreuz zurückgestellt werden.	

Die Antrag der FDP-Fraktion und der UWG/Forum-Fraktion die Sanierung zurückzustellen wird mit einem Stimmenverhältnis von  
15 Stimmen für den Antrag (CDU, SPD tw., B 90/Die Grünen, FDP, UWG)  
03 Stimmen gegen den Antrag (SPD tw., BM)  
03 Stimmenthaltungen (SPD tw.)  
angenommen.

**Stellungnahme des Bürgermeisters:**

**Es erfolgt eine Reduzierung der geplanten Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 100.000 Euro im Haushaltsjahr 2012.**

<b>PG 1.02.07</b>	<b>Liste FDP</b>	<b>Nr. 10</b>
	<u>Antrag/Anfrage</u> Zuschuss an die Jugendfeuerwehr  <u>Beschreibung</u> Der HFWA beschließt, den Zuschuss für die Jugendfeuerwehren auf 300 Euro pro Jahr zu erhöhen.	

Der Bürgermeister und die Verwaltung vertreten die Auffassung, dass es sich dabei um eine Pflichtaufgabe handelt.

Der HFWA beschließt, den Zuschuss für die Jugendfeuerwehren auf 300 Euro pro Jahr, je Löschgruppe zu erhöhen.

Stimmenverhältnis:

-Einstimmig-

bei 8 Stimmenthaltungen (CDU)

<b>PG 1.02.07</b>	<b>Liste CDU/B90/GRÜNE</b>	<b>Nr. 29</b>
	<u>Antrag/Anfrage</u> Weiterentwicklung der Feuerwehr  <u>Beschreibung</u> Der Bürgermeister wird beauftragt, die im Haushalt 2011 nicht benötigten Mittel zur Weiterentwicklung der Feuerwehr in Höhe von 30.000 Euro erneut mit einem Sperrvermerk in den Haushalt einzusetzen.	

Der o.g. Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird einstimmig angenommen.

<b>PG 1.03</b>	<b>Liste CDU/B90/GRÜNE</b>	<b>Nr. 1</b>
	<p><u>Antrag/Anfrage</u> Inklusion</p> <p><u>Beschreibung</u> Der Bürgermeister wird beauftragt, einen Bericht durch den städtischen Behindertenbeauftragten erstellen zu lassen, der zum einen den Sachstand der Umsetzung der Inklusion behinderter Menschen in den einzelnen Lebensbereichen des Gemeinwesens Bornheim in Form einer Bilanz darstellt, zum anderen konzeptionelle Überlegungen beinhaltet, wie Inklusion durch entsprechendes Verwaltungshandeln gefördert werden kann. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung sollen ebenfalls in geeigneter Form über die UN-Behindertenkonvention zu Inklusion informiert werden und darauf hinwirken, dass städtische Planungen generell unter den Inklusionsgedanken gestellt werden.</p>	

Der Bürgermeister wird beauftragt, bis zur Ratssitzung die benötigten Finanzmittel zu benennen, die erforderlich sind, um externe Beratung in Anspruch nehmen zu können.

Stimmenverhältnis:

-Einstimmig-

bei 4 Stimmenthaltungen (CDU tw., FDP)

**Stellungnahme des Bürgermeisters:**

**Für die Erstellung des Inklusionsberichtes wird die Einstellung eines Budgets in Höhe von 15.000 Euro als erforderlich erachtet.**

<b>PG 1.03.02</b>		<b>Nr.</b>
	<p><u>Antrag/Anfrage</u> Sekundarschule Merten</p> <p><u>Beschreibung</u> Der Bürgermeister wird beauftragt, zusätzliche Mittel in Höhe von 11.200 Euro jährlich in den Ergebnisplan bei der Produktgruppe 1.03.02 einzustellen.</p>	

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Bis zur Ratssitzung soll dargestellt werden, wie sich die Haushaltsposition gegliedert darstellt und parallel soll ausgewiesen werden, wie es in der Europaschule aussieht.

**Stellungnahme des Bürgermeisters:**

**Die Gliederung und der Vergleich mit der Europaschule sind in der Anlage 12a bis 12c dargestellt.**

**Kosten Schülerspezialverkehr**

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt auf Antrag der CDU-Fraktion dem Rat, die entsprechenden Haushaltsmittel in den Haushaltsjahren 2012 und 2013 für die Anbindung der Walberberger Schüler/innen an die Europaschule an den Schülerspezialverkehr im Haushalt vorzusehen. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Für die Ratssitzung werden die entsprechenden Kosten vorgelegt.

**Stellungnahme des Bürgermeisters:**

Die Kosten betragen in 2012 23.070 Euro, in den Jahren 2013 bis 2016 jeweils 38.425 Euro.

<b>PG 1.05.03</b>	<b>Liste SPD</b>	<b>Nr. -</b>
<u>Antrag/Anfrage</u> Reduzierung des Ansatzes der öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte		
<u>Beschreibung</u> Reduzierung des Ansatzes der öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte (S. 258, Zeile 4), da kein weiterer Zuzug von Spätaussiedlern zu erwarten ist.		

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließt, die Mittel im Ansatz zu belassen und der Bürgermeister wird beauftragt zu prüfen, in welcher Produktgruppe die Veranschlagung zu erfolgen hat.

Stimmenverhältnis:

-Einstimmig-

Die zuständige Produktgruppe und um welche Einrichtung es sich handelt, wird bis zur Ratssitzung geklärt.

**Stellungnahme des Bürgermeisters:**

Die Veranschlagung erfolgt in der Produktgruppe 1.05.02 Leistungen für Asylbewerber. Es handelt sich um das Übergangsheim in Merten, Brahmsstraße 20 – 22, in dem ausländische Flüchtlinge untergebracht sind.

<b>PG 1.11.03</b>	<b>Liste CDU/B90/GRÜNE</b>	<b>Nr. 27</b>
<u>Antrag/Anfrage</u> Betriebsführung Wasserwerk		
<u>Beschreibung</u> Der Bürgermeister wird beauftragt, die Beratungskosten von 50.000 Euro zu streichen, da kein Konzessionierungsverfahren geplant ist. Gemäß der Beauftragung des HFWA soll ein neues Konzept zur Betriebsführung von Wasser- und Abwasserwerk auf den Weg gebracht werden.		

Der o.g. Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird mit einem Stimmenverhältnis von

11 Stimmen für den Antrag (CDU, B90/Die Grünen)

10 Stimmen gegen den Antrag (SPD, FDP, UWG, BM) angenommen.

<b>PG</b> <b>1.12.02</b>	<b>Liste CDU/B90/GRÜNE</b>	<b>Nr. 13</b>
<p><u>Antrag/Anfrage</u> Parkscheinautomaten</p> <p><u>Beschreibung</u> Der Bürgermeister wird beauftragt, die investiven Haushaltsmittel zum Erwerb von Parkscheinautomaten 2012 zu streichen. Die investiven Haushaltsmittel zum Erwerb von Parkscheinautomaten 2013 mit einem Sperrvermerk zu versehen bis ein Parkraumbewirtschaftungskonzept gemäß Konsolidierungsliste Pkt. 79 vorgelegt und verabschiedet wurde.</p>		

Der o.g. Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird einstimmig bei 1 Stimmenthaltung (BM) angenommen.

<b>PG</b> <b>1.12.02</b>	<b>Liste CDU/B90/GRÜNE</b>	<b>Nr. 14</b>
<p><u>Antrag/Anfrage</u> Radverkehr</p> <p><u>Beschreibung</u> Der Bürgermeister wird beauftragt, den Haushaltsansatz 5000185 Radverkehrskonzept auf 15.000 Euro zu erhöhen. Die Mittel sollen möglichst dafür eingesetzt werden, Fahrradschutzstreifen auf der Königstraße vom Hellenkreuz bis zur Pohlhausen Straße zu schaffen und eine Anbindung des vorhandenen Radweges auf der Bonner Straße an den in der Diskussion befindlichen kombinierten Rad- und Fußgängerweg entlang der Friedrichstraße zu schaffen. Sollte der Radweg entlang der Friedrichstraße nicht realisiert werden können, werden die Mittel für Fahrradschutzstreifen auf der Bonner Straße zwischen dem Roisdorfer Bahnhof und der Kreuzung Herseler Straße/Bonner Straße/Siegesstraße eingesetzt.</p>		

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss beauftragt auf Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion den Bürgermeister, den Haushaltsansatz 5000185 Radverkehrskonzept auf 15.000 Euro zu erhöhen.

Stimmenverhältnis:

-Einstimmig-

<b>PG</b> <b>1.12.02</b>	<b>Liste CDU/B90/GRÜNE</b>	<b>Nr. 15</b>
<p><u>Antrag/Anfrage</u> Straßenausbau Brenig</p> <p><u>Beschreibung</u> Der Bürgermeister wird beauftragt, gemäß Beschlussfassung die Investitionsmaßnahmen 5000071 Am Tonberg und 5000077 Steinacker in 2012 einzuplanen.</p>		

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss beauftragt auf Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der SPD-Fraktion den Bürgermeister, gemäß Beschlussfassung die Investitionsmaßnahmen 5000071 Am Tonberg, 5000077 Steinacker und Michelsberg Straße in 2012 einzuplanen, soweit die Maßnahme mit der vorhandenen Arbeitskapazität bewältigt werden kann und die Finanzierbarkeit (kostenneutrale Darstellung) gegeben ist.

Stimmenverhältnis:  
-Einstimmig-

**Stellungnahme des Bürgermeisters:**

Die genannten Investitionsmaßnahmen sind bereits im Haushaltsplanentwurf 2012/2013 berücksichtigt. In 2012 sind entsprechende Verpflichtungsermächtigungen (VE) in Höhe von insgesamt 350.000 Euro geplant. Damit ist sichergestellt, dass bereits im Haushaltsjahr 2012 entsprechende Aufträge erteilt werden können. Die korrespondierenden Auszahlungen sind im Haushaltsjahr 2013 berücksichtigt.

Die Finanzierbarkeit der Maßnahmen ist über allgemeine Deckungsmittel (insbesondere Beiträge) und Kreditaufnahme sichergestellt.

Die bauliche Umsetzung würde vorgezogen, wenn durch Verzögerung anderer Projekte finanzielle Mittel und personelle Kapazitäten frei werden.

<b>PG 1.12.02</b>	<b>Liste CDU/B90/GRÜNE</b>	<b>Nr. 18</b>
	<u>Antrag/Anfrage</u> Uedorfer Weg  <u>Beschreibung</u> Der Bürgermeister wird beauftragt, Mittel für die Planung und den Ausbau des Uedorfer Weg zu ermitteln und in den Haushalt/das Haushaltssicherungskonzept einzuplanen.	

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss beauftragt auf Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Bürgermeister, eine grobe Kostenermittlung vorzulegen und die Frage zu klären, in welchem Jahr die Kosten eingestellt werden können (bis zur Ratssitzung zu klären).

Stimmenverhältnis:  
-Einstimmig-  
bei 2 Stimmenthaltungen (FDP)

**Stellungnahme des Bürgermeisters:**

Die mit der Durchführung der Investitionsmaßnahme einhergehenden Kosten belaufen sich auf rd. 6,6 Mio. Euro. Es wird mit einer Landeszuwendung in Höhe von rd. 3,6 Mio. Euro gerechnet.

Der Zeitpunkt der Umsetzung der Maßnahmen wird mit der Fortschreibung des Straßenbauprogramms festgelegt.

<b>PG 1.12.02</b>	<b>Liste CDU / B90/GRÜNE</b>	<b>Nr. 21</b>
	<u>Antrag/Anfrage</u> Elektromobilität  <u>Beschreibung</u> Der Bürgermeister wird beauftragt, bei den Planungen für die P + R Plätze in Sechtem und Roisdorf die Errichtung von Elektrotankstellen einzuplanen. Hierfür ist der Haushaltsansatz um je 5.000 Euro zu erhöhen. Bei der Neu- bzw. Ersatzbeschaffung von städtischen Fahrzeugen soll der Einsatz von Elektrofahrzeugen geprüft werden.	

In der mittelfristigen Finanzplanung (2014) sollen 10.000 Euro für 2 Elektrotankstellen in den Haushalt eingestellt werden.

Stimmenverhältnis:

12 Stimmen für den Antrag (CDU, B90/Die Grünen, UWG)

09 Stimmen gegen den Antrag (SPD, FDP, BM)

Der Fachausschuss wird nochmals über das Thema informiert.

## **Beschlüsse zu den Änderungslisten (Vorl. 023/2012-2; Anlagen 1 u. 2):**

Der HFWA hat die Änderungslisten bis auf folgende vom Rat zu entscheidende Punkte beschlossen:

### Änderungsliste zum Entwurf des Ergebnisplans 2012/2013 (Anlage 1)

#### ***Teilergebnisplan 1.01.06***

##### *Zeile 16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen*

Es ist geplant, den bestehenden Mietvertrag für die Drucker und Kopierer im Rathaus um einen Plotter zu erweitern. Diese Vertragserweiterung führt zu einer Aufwandssteigerung von 3.000 EUR p.a..

**Wurde bis zur Ratssitzung zurückgestellt.**

#### **Stellungnahme des Bürgermeisters:**

**Der derzeit benutzte Plotter ist Eigentum der Stadt und gehört nicht zum Leistungsumfang des Leasingvertrags betr. Druckergeräte. Infolge des Alters des Plotters muss mit dessen Ausfall gerechnet werden. In diesem Fall ist der Leasingvertrag entsprechend zu erweitern; die Kosten dafür belaufen sich auf ca. 3.000 EUR je Jahr.**

#### ***Teilergebnisplan 1.03.07***

##### *Zeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen*

Anpassung der Planungs- und Gutachteraufwendungen aufgrund Schulentwicklungsplan.

**Wurde bis zur Ratssitzung zurückgestellt.**

#### **Stellungnahme des Bürgermeisters:**

**Der Auftrag zur Erarbeitung des Schulentwicklungsplans (mit einem Gesamtwert von rd. 30.000 EUR) wurde im April 2011 erteilt. Die Leistungen zur Erstellung des Plans wurden zu 80% in 2011 und zu 20% in 2012 erbracht. Die Abrechnung/Zahlung erfolgt vollständig in 2012.**

**Um die Aufwendungen den Perioden zuzuordnen, ist in 2011 eine Rückstellung in Höhe von 80% der Auftragskosten (24.000 EUR) zu bilden. Die verbleibenden 6.000 EUR sind im HHPlan 2012 zu veranschlagen. Die Forderung ist in 2012 aus der Rückstellung und dem Ansatz 2012 zu begleichen.**

**Es erfolgt eine Reduzierung der geplanten Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 24.000 Euro in 2012.**

### ***Teilergebnisplan 1.06.02***

*Zeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen*

Erhöhung der Aufwendungen für die Einführung eines "Jugendparlament"

**Der Antrag der CDU-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion, den Haushaltsansatz 2013 zu belassen und nicht um 5.000 Euro zu erhöhen, wird einstimmig angenommen.**

#### **Stellungnahme des Bürgermeisters:**

**Es erfolgt eine Reduzierung der geplanten Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 5.000 Euro in den Haushaltsjahren 2013 bis 2016.**

### ***Teilergebnisplan 1.13.03***

*Zeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen*

Erhöhung des Unterhaltungsaufwandes 2012 da Prüfung ergeben hat, dass der Wolfsbach einen schlechteren Zustand als zunächst angenommen aufweist.

**Stimmenverhältnis: Einstimmig**

**Frage AM Stadler: Hat der Mehraufwand i.H. von 15.000 EUR mit der neuen Quelle, die am Siefenfeldchen entstanden ist, zu tun?**

**Die Frage wird bis zur Ratssitzung beantwortet.**

#### **Stellungnahme des Bürgermeisters:**

**Bei der neuen "Quelle" am Siefenfeldchen handelt es sich um einen unkontrollierten Wasseraustritt aus der schadhaften Verrohrung des Wolfsbaches oberhalb des Siefenfeldchens Höhe Haus Tauwetter. In diesem Abschnitt soll die Verrohrung aufgenommen und teilweise durch eine offene Wasserführung, teilweise durch neue Verrohrung ersetzt werden. Da dringender Handlungsbedarf besteht, wurde der Auftrag für diese Arbeiten mittlerweile erteilt.**

Änderungsliste zum Entwurf des Finanzplans 2012/2013 (Anlage 2)

### ***Teilfinanzplan 1.01.15***

Investitionsmaßnahme: 5000159

*Zeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen*

Ansatz zur Errichtung eines Übergangwohnheimes.

**Der Antrag der FDP-Fraktion die Maßnahme aus dem Haushalt zu streichen, wird einstimmig angenommen.**

#### **Stellungnahme des Bürgermeisters:**

**Es erfolgt eine Reduzierung der geplanten Auszahlungen für Baumaßnahmen in den Haushaltsjahren 2014 und 2015.**

### ***Teilfinanzplan 1.06.02***

Investitionsmaßnahme: 5000406

*Zeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen*

Neuveranschlagung des Auszahlungsansatzes aus 2011 zur Errichtung eines Kleinspielfeldes auf dem Gelände der Europaschule Bornheim.

**Der Antrag der CDU-Fraktion, 143.000 Euro in den Haushalt einzusetzen, wird einstimmig angenommen.**

**Den Ansatz mit einem Sperrvermerk zu versehen und zusätzlich eine Information an den JHA, den ASS und an den SKA über die Kosten zu geben, wird mit einem Stimmenverhältnis von 14 Stimmen für den Antrag (CDU, B90/Die Grünen, FDP, UWG), 06 Stimmen gegen den Antrag (SPD) und 1 Stimmenthaltung (BM) angenommen.**

#### **Stellungnahme des Bürgermeisters:**

**Es erfolgt eine Erhöhung der geplanten Auszahlungen für Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2012 um 23.000 Euro auf 143.000 Euro.**

**Der Sperrvermerk wird in den Haushaltserläuterungen ausgewiesen.**

### ***Teilfinanzplan 1.12.02***

Investitionsmaßnahme: 5.000009

*Zeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen*

Ansatz für die Erstellung einer Konzeption zur Errichtung von Parkscheinautomaten.

**Auf Antrag der CDU-Fraktion soll der Ansatz 2012 um 5.000 EUR erhöht und auf 20.000 EUR festgesetzt werden; der Ansatz 2013 i.H. von 15.000 EUR wird mit einem Sperrvermerk versehen.**

#### **Stellungnahme des Bürgermeisters:**

**Es erfolgt eine Reduzierung der geplanten Auszahlungen für Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2012 um 15.000 Euro auf 20.000 Euro.**

**Der Sperrvermerk wird in den Haushaltserläuterungen ausgewiesen.**

#### **Hinweis:**

**Sämtliche Änderungen, die sich aus den Haushaltsplanberatungen in den Fachausschüssen bzw. im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss ergeben, die Veränderungen bezogen auf die Landtagswahl am 13.05.2012 sowie die Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Schulentwicklungsplan sind in der Anlage 13 zusammengestellt.**

### **3. Allgemeine Beschlüsse**

<b>PG</b>	<b>Liste CDU/B90/GRÜNE</b>	<b>Nr. 26</b>
	<p><u>Antrag/Anfrage</u> Aufgaben der Stabstelle Zentrales Controlling</p> <p><u>Beschreibung</u> Der Bürgermeister wird beauftragt, die Aufgaben/Ergebnisse der Stabstelle Zentrales Controlling dem HFWA vorzustellen und Synergieeffekte einer Anbindung an den Finanzbereich zu beleuchten.</p>	

Der Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird einstimmig bei 1 Stimmenthaltung (BM) angenommen.

<b>PG</b>	<b>Liste FDP</b>	<b>Nr. 3</b>
	<p><u>Antrag/Anfrage</u> Teilnahme am Projekt D115 prüfen</p> <p><u>Beschreibung</u> Der HFWA beauftragt den Bürgermeister, analog zu den Städten Frechen, Hürth und Bonn eine Teilnahme am Projekt D115 zu prüfen. Ziel ist eine Nutzung der Callcenter-Infrastruktur der Stadt Köln zu Entlastung der Mitarbeiter der Stadt Bornheim.</p>	

Der Antrag der FDP-Fraktion, die Vor- und Nachteile an einer Teilnahme am Projekt D 115 in einer der nächsten Sitzungen des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss darzustellen, wird einstimmig angenommen.

<b>PG</b>	<b>Liste FDP</b>	<b>Nr. 6</b>
	<p><u>Antrag/Anfrage</u> Bewertung der Beteiligungen der Stadt Bornheim</p> <p><u>Beschreibung</u> Der HFWA beauftragt den Bürgermeister, den Wert aller Beteiligungen der Stadt Bornheim zu ermitteln und dem HFWA Auskunft zu erteilen, zu welchem Zweck die Stadt Bornheim die Beteiligung hält und welche Erlöse bei einem Verkauf erzielt werden könnten.</p>	

Der o. g. Antrag der FDP-Fraktion wird einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen (CDU tw., BM) angenommen.

<b>PG</b>	<b>Liste SPD</b>	<b>Nr. -</b>
	<p><u>Antrag/Anfrage</u> Sponsorenkatalog</p> <p><u>Beschreibung</u> Der Bürgermeister wird beauftragt, einen sogenannten Sponsorenkatalog nach dem Wesseling Modell zu erstellen.</p>	

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Voraussetzungen für die Umsetzung eines Sponsorenkataloges zu prüfen und hierbei insbesondere die Auswirkungen auf vorhandenes Sponsoring im Stadtgebiet einzubeziehen.

Stimmenverhältnis:

-Einstimmig-

<b>PG 1.01.15</b>	<b>Liste FDP</b>	<b>Nr. 22</b>
<p><u>Antrag/Anfrage</u> Mietwohngebäude</p> <p><u>Beschreibung</u> Der VPLA beauftragt den Bürgermeister, die verbliebenen Mietwohngebäude der Stadt Bornheim auf Römerstraße, Apostelpfad und Gringel höchstbietend zu versteigern. Auf die Einhaltung der Sozialkriterien ist wie bei den bisherigen Verkäufen von Mietwohngebäuden zu achten.</p>		

Der Ausschuss hat von dem Antrag und den Ausführungen der Verwaltung Kenntnis genommen.

Stimmenverhältnis:

-Einstimmig-

<b>PG 1.04.01</b>	<b>Liste UWG/Forum</b>	<b>Nr. 5</b>
<p><u>Antrag/Anfrage</u> Tollitätentreff</p> <p><u>Beschreibung</u> Unsere Anfrage im HFWA nach den Personalaufwendungen für den Tollitätentreff 2011 ist noch nicht beantwortet. Zusätzlich bitten wir nun um Angabe der Personalaufwendungen für den Tollitätentreff 2012.</p>		

Der Antrag der FDP-Fraktion, den Tollitätentreff ab dem Jahr 2014 nicht mehr in Regie der Stadt Bornheim durchzuführen und keine städtischen Aufwendungen für diese Veranstaltung mehr vorzusehen und auf Antrag der CDU-Fraktion den Kartenverkauf für das Jahr 2013 durch Dritte vornehmen zu lassen, wird mit einem Stimmenverhältnis von 12 Stimmen für den Antrag (CDU, FDP, B90/Die Grünen tw., UWG) 07 Stimmen gegen den Antrag (SPD, BM) 02 Stimmenthaltungen (B90/Die Grünen tw.) angenommen.

<b>PG 1.06.01</b>	<b>Liste CDU/B90/GRÜNE</b>	<b>Nr. 9</b>
<p><u>Antrag/Anfrage</u> U3-Ausbau</p> <p><u>Beschreibung</u> Der Bürgermeister wird beauftragt,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. darzustellen, mit welchen finanziellen städtischen Mitteln der U3-Ausbau zur Erreichung der Bedarfsquote von 35% erfolgt. Dabei sollen priorisierend Maßnahmen mit möglichst geringem finanziellen Aufwand als erste Berücksichtigung finden, ebenso soll dem örtlichen Bedarf entsprochen werden.</li> <li>2. darzustellen, mit welchen finanziellen städtischen Mitteln der U3-Ausbau zur Erreichung der von Bornheimer Eltern gewünschten Bedarfsquote von über 40 % erfolgen könnte.</li> </ol>		

Der o.g. Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Beschreibung) wird einstimmig angenommen und zur Berichterstattung durch den Bürgermeister an den JHA verwiesen.

<b>PG</b> <b>1.12.04</b>	<b>Liste FDP</b>	<b>Nr. 25</b>
<u>Antrag/Anfrage</u> Taxibus und AST  <u>Beschreibung</u> Wie sind die Nutzerzahlen und Kosten der beiden Systeme AST und Taxibus? Sieht die Verwaltung in den bestehenden Systemen Verbesserungsbedarf? Gibt es eine Auswertung der Nutzerbeschwerden? Gibt es genaue Nutzungsdaten und Kostenaufstellungen für die Taxibuslinie nach Heimerzheim?		

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss beauftragt den Bürgermeister die Kosten der AST für die Tage zu ermitteln, an denen ein Betrieb bisher ausgeschlossen ist und die RVK aufzufordern, die Nennung der Zahlen vorzunehmen.

Stimmenverhältnis:

-Einstimmig-

#### **4. Abgelehnte und zurückgestellte Anträge**

<b>PG</b>	<b>Liste FDP</b>	<b>Nr. 11</b>
<u>Antrag/Anfrage</u> Interkommunale Zusammenarbeit verstärken  <u>Beschreibung</u> Der HFWA beauftragt den Bürgermeister, mit den Städten Wesseling und Brühl Rahmenbedingungen für einen Beitritt der Stadt Bornheim zum gemeinsamen Rechnungsprüfungsamt zu verhandeln. Der HFWA beauftragt den Bürgermeister ferner, mit den Gemeinden Alfter und Swisttal Rahmenbedingungen für eine gemeinsame Erledigung folgender Aufgaben zu verhandeln: Baubetriebshöfe, Gebäudemanagement, Kasse, EDV, Juristische Dienste, Personal und Organisation, Stadtarchiv (nur Swisttal), Vergabestelle. Das Ergebnis der jeweiligen Verhandlungen soll dem HFWA in einer seiner nächsten Sitzungen vorgelegt werden.		

Der o. g. Antrag der FDP-Fraktion wird mit einem Stimmenverhältnis von

02 Stimmen für den Antrag (FDP)

19 Stimmen für den Antrag (CDU, SPD, B 90/Die Grünen, UWG, BM)

abgelehnt.

<b>PG</b> <b>1.04.01</b>	<b>Liste UWG/Forum</b>	<b>Nr. 5</b>
<u>Antrag/Anfrage</u> Tollitätentreff  <u>Beschreibung</u> Unsere Anfrage im HFWA nach den Personalaufwendungen für den Tollitätentreff 2011 ist noch nicht beantwortet. Zusätzlich bitten wir nun um Angabe der Personalaufwendungen für den Tollitätentreff 2012.		

Der Antrag der UWG/Forum-Fraktion, den Tollitätentreff ab dem Jahr 2013 nicht mehr in Regie der Stadt Bornheim durchzuführen und keine städtischen Aufwendungen für diese Veranstaltung mehr vorzusehen, wird mit einem Stimmenverhältnis von

01 Stimme für den Antrag (UWG)  
 18 Stimmen gegen den Antrag (CDU, SPD, B 90/Die Grünen tw., FDP, BM)  
 02 Stimmenthaltungen (B90/Die Grünen tw.)  
 abgelehnt.

<b>PG 1.09.01</b>	<b>Liste CDU/B90/GRÜNE</b>	<b>Nr. 22</b>
	<u>Antrag/Anfrage</u> Artenschutzkonzept  <u>Beschreibung</u> Der Bürgermeister wird beauftragt, aus den vorhandenen Haushaltsmitteln ein Artenschutzkonzept vorzustellen in dem konkrete Ausgleichsmaßnahmen zum Schutz der Natur beinhaltet sind.	

Der Antrag wurde nicht abgestimmt.

<b>PG 1.14</b>	<b>Liste SPD</b>	<b>Nr. -</b>
	<u>Antrag/Anfrage</u> Fair-Trade-Stadt Bornheim  <u>Beschreibung</u> Bildung eines Ansatzes für Fair-Trade-Stadt Bornheim	

Der Antrag der SPD-Fraktion in Zeile 13 „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ den Ansatz um 500 Euro zu erhöhen, wird mit einem Stimmenverhältnis von 09 Stimmen für den Antrag (SPD, B90/Die Grünen) 12 Stimmen gegen den Antrag (CDU, UWG, FDP, BM) abgelehnt.

<b>PG 1.14</b>	<b>Liste SPD</b>	<b>Nr. -</b>
	<u>Antrag/Anfrage</u> Lärmaktionsplanung  <u>Beschreibung</u> Streichung des Ansatzes für die Lärmaktionsplanung.	

Der o.g. Antrag der SPD-Fraktion wird mit einem Stimmenverhältnis von 05 Stimmen für den Antrag (SPD tw.) 14 Stimmen gegen den Antrag (CDU, B90/Die Grünen, UWG, FDP) 02 Stimmenthaltungen (SPD tw., BM) abgelehnt.

<b>PG 1.16.01</b>	<b>Liste SPD</b>	<b>Nr. -</b>
	<u>Antrag/Anfrage</u> Gewerbeentwicklung  <u>Beschreibung</u> Prüfung, ob Gewerbeentwicklung forciert werden kann, um Einnahmesituation zu verbessern.	

Der Antrag wird zurückgestellt.

<b>PG</b> 1.16.01	<b>Liste SPD</b>	<b>Nr. -</b>
<u>Antrag/Anfrage</u> GFG 2012  <u>Beschreibung</u> Prüfung einer Klageerhebung gegen das GFG 2012 nach dessen Verabschiedung.		

Der Antrag wird zurückgestellt.

### **5. Erledigte und zurückgezogene Anträge/Anfragen**

<b>PG</b>	<b>Liste FDP</b>	<b>Nr. 4</b>
<u>Antrag/Anfrage</u> Betriebliches Vorschlagwesen  <u>Beschreibung</u> Der HFWA beauftragt den Bürgermeister, ein Konzept für ein betriebliches Vorschlagswesen nach dem Vorbild der Bundesbehörden zum Beschluss durch den Rat vorzulegen.		

Antrag ist erledigt.

<b>PG</b>	<b>Liste UWG/FORUM</b>	<b>Nr. 6</b>
<u>Antrag/Anfrage</u> Transferaufwendungen  <u>Beschreibung</u> Warum ist der Ansatz der Zuschüsse an übrige Bereiche im Jahr 2012 um ca. 1,47 Mio. Euro höher als in allen übrigen Jahren? Was ist die Erklärung für den Anstieg der Grundleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz um 76 %?		

Ist beantwortet.

<b>PG</b>	<b>Liste UWG/FORUM</b>	<b>Nr. -</b>
<u>Antrag/Anfrage</u> Wertgrenzen für die Darstellung von Investitionsmaßnahmen im Haushalt  <u>Beschreibung</u> Die UWG/Forum-Fraktion beantragt wegen der größeren Transparenz, die Wertgrenze als Voraussetzung zur Veranschlagung von Investitionsmaßnahmen im Haushaltsplan für Baumaßnahmen von 100.000 Euro auf 20.000 Euro herabzusetzen (§ 8 Abs. 2 der Haushaltssatzung).		

Der Antrag wird zurückgezogen.

<b>PG</b> <b>1.01.15</b>	<b>Liste CDU/B90/GRÜNE</b>	<b>Nr. 19</b>
<p><u>Antrag/Anfrage</u> Energetische Sanierung Grundschule Walberberg</p> <p><u>Beschreibung</u> Der Bürgermeister wird beauftragt, die Maßnahmen zur weiteren energetischen Sanierung der Grundschule Walberberg aufzulisten und erst dann in den Haushalt einzuplanen, wenn das Raumkonzept für die Schule, welches mit der Schulentwicklungsplanung erst beschlossen werden soll, vorliegt.</p>		

Der Antrag wird zurückgezogen.

<b>PG</b> <b>1.06.02</b> <b>1.06.03</b>	<b>Liste CDU/B90/GRÜNE</b>	<b>Nr. 12</b>
<p><u>Antrag/Anfrage</u> Erläuterung zu den Produktgruppen 1.06.02 und 1.06.03</p> <p><u>Beschreibung</u> Der Bürgermeister wird beauftragt,</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. für die Produktgruppe 1.06.02 <ol style="list-style-type: none"> <li>a. die Aufteilung der Sach- und Dienstleistungsaufwendungen (S. 286, Zeile 13) nach Verwendungszweck aufzulisten und</li> <li>b. die Transferaufwendungen (S. 286, Zeile 15) nach Träger und Maßnahme aufzulisten</li> </ol> </li> <li>2. für die Produktgruppe 1.06.03 <ol style="list-style-type: none"> <li>a. die Aufteilung der Sach- und Dienstleistungen (S. 299, Zeile 13) nach Verwendungszweck aufzulisten und</li> <li>b. die Transferaufwendungen (S. 299, Zeile 15) nach Zuschussarten aufzulisten.</li> </ol> </li> </ol> <p>die o.g. Aufteilungen in zukünftigen Haushalten immer darzustellen.</p>		

Ist erledigt.

<b>PG</b> <b>1.08</b>	<b>Liste CDU/B90/GRÜNE</b>	<b>Nr. 5</b>
<p><u>Antrag/Anfrage</u> Stadtsportbund</p> <p><u>Beschreibung</u> Der Bürgermeister wird beauftragt, das Ergebnis der Umfrage, ob ein Stadtsportbund in Bornheim von den Vereinen gewünscht wird, im nächsten Sport- und Kulturausschuss zur weiteren Beratung vorzulegen. Falls dies positiv beschieden wird, wird der Bürgermeister beauftragt, dem Ausschuss eine Empfehlung vorzustellen, welche nächsten Schritte eingeleitet werden sollen, um zeitnah eine Umsetzung zu realisieren.</p>		

Der Antrag wurde zurückgezogen.

<b>PG 1.16.01</b>	<b>Liste SPD</b>	<b>Nr. -</b>
<p><u>Antrag/Anfrage</u> Umsetzung Flächennutzungsplan</p> <p><u>Beschreibung</u> Prüfung, ob eine zügige Umsetzung des FNP und damit eine Generierung weiterer Einnahmen erreicht werden kann (Einkommensteueranteile, Bodenmanagement, Grundsteuer).</p>		

Der Antrag wurde zurückgezogen.

<b>PG 1.01.02</b>	<b>Liste FDP-Fraktion</b>	<b>Nr. 5</b>
<p><u>Antrag/Anfrage</u> Ideen- und Beschwerdemanagement</p> <p><u>Beschreibung</u> Welche Leistungen sind auf Seite 21 des Haushalts gemeint?</p>		

Ist beantwortet.

<b>PG 1.01.06</b>	<b>Liste FDP</b>	<b>Nr. 7</b>
<p><u>Antrag/Anfrage</u> Sonstige ordentliche Aufwendungen</p> <p><u>Beschreibung</u> Warum soll auf Seite 34, Zeile 16 der Ansatz 2012 ff. gegenüber dem Jahr 2011 so eklatant erhöht werden?</p>		

Ist beantwortet.

<b>PG 1.01.09</b>	<b>Liste FDP</b>	<b>Nr. 8</b>
<p><u>Antrag/Anfrage</u> Personalmanagement (1.01.09)</p> <p><u>Beschreibung</u> Warum steigen in den Jahren 2012 ff. die Aufwendungen für Personal-, Sach- und Dienstleistungen sowie die sonstigen ordentlichen Aufwendungen?</p>		

Ist beantwortet.

<b>PG 1.01.11</b>	<b>Liste FDP</b>	<b>Nr. 9</b>
<p><u>Antrag/Anfrage</u> Externe Organisationsberatungen</p> <p><u>Beschreibung</u> Warum sind jährlich Aufwendungen für externe Organisationsberatungen in Höhe von 25.000 Euro vorgesehen?</p>		

Ist beantwortet.

<b>PG 1.01.15</b>	<b>Liste CDU/B90/GRÜNE</b>	<b>Nr. 17</b>
<p><u>Antrag/Anfrage</u> Jugendgemeinschaftsräume Dersdorf</p> <p><u>Beschreibung</u> Mit der Maßnahme 5000422 JGR Dersdorf soll ein 2. Fluchtweg hergestellt werden. Sind in den Haushalt 2012 ebenfalls Mittel eingeplant und wenn ja, in welcher Höhe, die den Gebäudeerhalt, der durch den Schimmelbefall gefährdet ist, sichern?</p>		

Ist erledigt.

<b>PG 1.01.15</b>	<b>Liste FDP</b>	<b>Nr. 19</b>
<p><u>Antrag/Anfrage</u> Ertüchtigung der Turnhalle der Grundschulen</p> <p><u>Beschreibung</u> Welche Art der Ertüchtigung ist für welche Art von Veranstaltungen geplant?</p>		

Ist erledigt.

<b>PG 1.01.15</b>	<b>Liste FDP</b>	<b>Nr. 21</b>
<p><u>Antrag/Anfrage</u> Einbau einer Damentoilette im FGH Roisdorf</p> <p><u>Beschreibung</u> Ist der Einbau der Toilette nur für Veranstaltungen vorgesehen?</p>		

<b>PG 1.01.15</b>	<b>Liste UWG/FORUM</b>	<b>Nr. 10</b>
<p><u>Antrag/Anfrage</u> Einbau Damentoilette FGH Roisdorf</p> <p><u>Beschreibung</u> Ist der Einbau der Damentoilette wirklich nur für Veranstaltungen vorgesehen?</p>		

Der Brandschutzbedarfsplan wird diesen Aspekt beinhalten und im Zuge der Erörterung des Brandschutzbedarfsplans können dann diese Mittel entsprechend verwendet werden.

<b>PG 1.01.15</b>	<b>Liste FDP</b>	<b>Nr. 24</b>
<p><u>Antrag/Anfrage</u> Aufwendungen für Brandschutz</p> <p><u>Beschreibung</u> Welche Brandschutzmaßnahmen sind in den Liegenschaften der Stadt Bornheim in den Jahren 2012 und 2013 zu welchen Kosten eingeplant?</p>		

Ist erledigt.

<b>PG 1.01.15</b>	<b>Liste UWG/FORUM</b>	<b>Nr. 1</b>
<p><u>Antrag/Anfrage</u> Ertüchtigung für Veranstaltungen – Erneuerung Sportboden (Doppel-TH in der GS Bornheim)</p> <p><u>Beschreibung</u> Ist die Erneuerung des Sportbodens lediglich zur Nutzung der Halle für Veranstaltungen erforderlich oder auch für den Fortbestand des allgemeinen Sportbetriebes?</p>		

Ist erledigt.

<b>PG 1.05</b>	<b>Liste FDP</b>	<b>Nr. 29</b>
<p><u>Antrag/Anfrage</u> Personalauszahlungen im Bereich Soziale Hilfen</p> <p><u>Beschreibung</u> Warum steigt der Ansatz für Personalauszahlungen im Bereich der Sozialen Hilfen?</p>		

Ist erledigt.

<b>PG 1.08.02</b>	<b>Liste CDU/B90/GRÜNE</b>	<b>Nr. -</b>
<p><u>Antrag/Anfrage</u> Hallenfreizeitbad</p> <p><u>Beschreibung</u> Anfrage AM Hönig in der Sitzung des SKA hinsichtlich Reduzierung des Defizits für das Hallenfreizeitbad (Seite 315, Zeile 16 –Sonstige ordentliche Aufwendungen).</p>		

Ist erledigt; es wird auf Anlage 6 verwiesen.

<b>PG</b> <b>1.11.01</b> <b>1.11.02</b>	<b>Liste CDU/B90/GRÜNE</b>	<b>Nr. 32</b>
<p><u>Antrag/Anfrage</u> Haushälterische Darstellung</p> <p><u>Beschreibung</u> Wie soll der Rückkauf der Energieversorgungsnetze haushaltstechnisch abgebildet werden, falls sich die Stadt Bornheim für eine (teilweise) Rekommunalisierung der Strom- und Gasversorgung entscheidet?</p>		

Ist erledigt.

<b>PG</b> <b>1.16.01</b>	<b>Liste UWG/FORUM</b>	<b>Nr. 4</b>
<p><u>Antrag/Anfrage</u> Sportpauschale</p> <p><u>Beschreibung</u> Ist der erhöhte Ansatz in 2013 im Hinblick auf das Gemeindefinanzierungsgesetz nicht unrealistisch (2012 – 46.500 Euro, 2013 – 83.800 Euro)? Wurden die Ausgaben für die drei Kunstrasenplätze deshalb auf zwei unterschiedliche Aufwendungen verteilt, weil die Sportpauschale bei weitem nicht reicht für das, was angeblich alles daraus finanziert wird?</p>		

Ist erledigt.

<b>PG</b> <b>1.16.01</b>	<b>Liste FDP</b>	<b>Nr. 30</b>
<p><u>Antrag/Anfrage</u> Schulpauschale</p> <p><u>Beschreibung</u> Wie wird gegenüber dem Land NRW der Verwendungsnachweis über die Mittel der Schulpauschale geführt? Welche Maßnahmen wurden in den vergangenen fünf Jahren über die Schulpauschale abgerechnet?</p>		

Ist erledigt.